



HESSISCHER LANDTAG

09. 12. 2020

Plenum

Dringlicher Entschließungsantrag

Fraktion der AfD

K+S Wirtschaftsstandort sichern, Düngerproduktion erhalten, aktiven Umweltschutz betreiben, Langzeitsicherheit erhalten.

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass K+S der größte Salzproduzent der Welt ist und weltweit mehr als 14.800 Mitarbeiter beschäftigt. Auch für Hessen und insbesondere für den Landkreis Hersfeld-Rotenburg stellt Kali und Salz einen wichtigen Arbeitgeber und Steuerzahler dar.
2. Der Landtag stellt fest, dass Kali ein wichtiger Bestandteil von Mineraldünger ist. Ohne Kali ist eine ertragreiche Landwirtschaft mit optimierter Düngung nicht möglich. K+S leistet mit seinen Mineraldüngern weltweit einen Beitrag für ertragreiche Ernten und damit zur Bekämpfung des Hungers.
3. Der Landtag begrüßt die Investitionen von 500 Mio. € seit 2011 von K+S im Bereich Umweltschutz. Dadurch konnte die Salzeinleitung in die Werra deutlich reduziert werden.
4. Der Landtag stellt ausdrücklich klar, dass die Ratifizierung eines Staatsvertrags mit dem Freistaat Thüringen und dem Herbeiführen einer rechtlichen Lösung kein Präjudiz für die Beurteilung technischer Probleme, wie z.B. der Langzeitsicherheit der Untertage-Deponie Herfa-Neurode (UTD Neurode) oder auch der eingestapelten Lauge auf Thüringer Seite, bedeutet, und verweist auf die erforderlichen Genehmigungsverfahren der zuständigen bergbaulichen Behörden im Rahmen der geltenden Bundes- und Landesgesetze.
5. Der Landtag stellt klar, dass bei Restzweifeln über die Langzeitsicherheit (u.a. mögliche unkontrollierbare Veränderung und Verdünnung der eingestapelten Lauge durch Zuflüsse und mögliche interne Transformationsprozesse, mögliche Instabilität der Markscheidpeiler, mögliche Gebirgsschläge) von einer technischen Realisierung dieses vorgesehenen Projektes abgesehen werden muss, weil dies langfristig beispielsweise eine Versalzung der Grundwässer in der Region bis hin zu einem Super-GAU in der UTD Herfa-Neurode zur Folge haben könnte.

Begründung:

In den letzten zwölf Jahren ist in den Umweltschutzmaßnahmen des Unternehmens K+S einiges geschehen, was zu einer geringeren Belastung der Werra mit Salzen geführt hat. Durch die Kainit Kristallisations- und Flotationsanlage (KKF-Anlage) am Standort Hattorf, die Anfang 2018 in Betrieb genommen wurde, können aus bisher nicht nutzbaren Salzlösungen zusätzlich Wertstoffe gewonnen und die Abwassermenge um 20 % reduziert werden.

Die Aufbereitungsanlage wurde im Analytik- und Forschungszentrum sowie im Werk Werra entwickelt. K+S leistet mit ihrer Erfahrung im Bereich Bergbau und mit ihrer Forschungs- und Entwicklungsabteilung einen wichtigen Beitrag zum Ausgleich zwischen Wirtschaftlichkeit und Umweltschutz. Dies könnte Vorbildfunktion für andere Bergbaugebiete weltweit haben.

Kali ist ein wichtiger Bestandteil von Dünger. Mit ihren Mineraldüngermischungen ist K+S weltweit marktführender Anbieter von angepassten Mischungen für die optimale Versorgung von Pflanzen. Damit leistet K+S einen wichtigen Beitrag für die weltweite Ernährung.

Auf thüringischer Seite gab es im Bergbaugebiet Springen Probleme mit Salzlösungszuflüssen. Diese konnten bisher nicht gelöst werden. Durch Dämme untertage und Einstapelung von angereicherten Salzabwässern soll nun ein Gegendruck aufgebaut werden. Ob diese Zuflüsse gestoppt werden können, ob diese Zuflüsse aufgrund ihrer fehlenden Sättigung eine Gefahr für die Zusammensetzung der hochkonzentrierten Lauge darstellen, ob die Verdünnung der hochkonzentrierten Lauge eine Gefahr für die Markscheidepfeiler darstellen, kann auf der jetzigen Ebene eines rechtlichen Verfahrens nicht abschließend beantwortet werden und muss von den nachgeordneten Behörden im Zuge der Genehmigungsverfahren eingehend geprüft werden.

Denn im vorliegenden Staatsvertrag sollen zunächst nur die nötigen rechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen werden, dass Salzabwässer von Hessen in das Gebiet Springen/Thüringen über zwei Rohre eingeleitet werden können, was bisher vertraglich ausgeschlossen war.

Mit dieser Maßnahme könnten zwei Probleme gleichzeitig gelöst werden: zum einen das Problem der Salzlösungszuflüsse auf thüringischer Seite, zum anderen die Entsorgung von hochkonzentrierten Salzabwässern auf hessischer Seite.

Mit der Ratifizierung des Staatsvertrages wird die rechtliche Möglichkeit geschaffen, das vorgeschlagene Verfahren umsetzen zu können. Dies beinhaltet aber keineswegs eine Fällung eines Urteils darüber, ob beispielsweise

1. die Stabilität der eingestapelten Lauge auf Thüringer Seite langfristig gegeben ist,
2. das Problem ungesättigter Zuflüsse auf Thüringer Seite damit wirklich gelöst werden kann,
3. die Stabilität der Markscheide langfristig gesichert ist,
4. Gebirgsschläge und sonstige unerwünschte Bergunfälle langfristig ausgeschlossen sind,
5. damit die Sicherheit übertage und der Grundwässer langfristig gegeben ist,
6. die Langzeitsicherheit der UTD Herfa-Neurode damit nicht gefährdet ist.

Langzeitinstabilität würde die Gefahr von Unfällen weit in der Zukunft bedeuten, bis hin zu einem möglichen Super-GAU der UTD Herfa-Neurode. Ein solcher Vorfall wäre sicherlich ein Ereignis, welches zum überwiegenden Teil zulasten und auf Risiko des Landes Hessen geht.

Dies muss unter allen Umständen ausgeschlossen sein. Dies und anderes haben nachgeordnete Bergbehörden zu prüfen, die die geltenden jeweiligen Landes- und Bundesgesetze im Sinne der Sicherstellung dieser Gewissheit anzuwenden haben.

Wiesbaden, 9. Dezember 2020

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe